

Antrag 57/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine verantwortungsvolle Rüstungspolitik: bewaffnete Drohnen nur unter strengen Kriterien!**

1 Der Bezeichnung bewaffneter Drohnen als „ethisch neu-
 2 tral“ durch den ehem. Verteidigungsminister Thomas de
 3 Maizière widersprechen wir vehement. Die Erforschung,
 4 Entwicklung, Beschaffung und der Einsatz von Waffen in
 5 militärischen Konflikten sind immer ethisch zu bewerten.
 6 Das bedingt eine intensive politische Debatte und den an-
 7 dauernden Einsatz für Regeln und Standards in ihrer Ver-
 8 wendung. In Deutschland fällt diese Verantwortung ins-
 9 besondere dem Bundestag zu. Da der Einsatz von Bun-
 10 deswehrsoldat*innen parlamentarisch legitimiert ist, ist
 11 das deutsche Parlament zu deren bestmöglichem Schutz
 12 ethisch und verfassungsrechtlich verpflichtet.

13
 14 Seit Jahren fordert die Bundeswehr zum Schutz ihrer
 15 entsandten Soldat*innen die Begleitung ihrer laufenden
 16 Mandate durch bewaffnete Drohnen der Bundesrepublik.

17
 18 Die SPD-Fraktion hat diese Fragen in der letzten Legisla-
 19 turperiode durch eine Reihe öffentlicher Runden und An-
 20 hörungen einer völkerrechtlichen und ethischen Prüfung
 21 unterzogen. Im Zuge dieser Prüfung hat sie einen Kriterien-
 22 katalog sowie ein Fachkonzept entwickelt, durch wel-
 23 che sichergestellt werden soll, dass bewaffnete Drohnen
 24 im Rahmen von Bundestagsmandaten der Bundeswehr
 25 ausschließlich zum Schutz von Einsatzkräften im aktiven
 26 Gefecht verwendet werden. Wir befürworten die Veranke-
 27 rung dieses Kriterienkatalogs für die Beschaffung und den
 28 Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundesregierung
 29 – und perspektivisch auch im Rahmen einer vertieften eu-
 30 ropäischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation im
 31 Sinne der „Europäischen Souveränität“.

32
 33 Wir fordern:

- 34 1. Die Beschaffung und die Mandatierung des Einsat-
 35 zes bewaffneter Drohnen durch den Bundestag aus-
 36 schließlich unter durch die SPD durchgesetzten Kri-
 37 terienkatalog.
- 38 2. Den unermüdlichen Einsatz für eine mit dem hu-
 39 manitären Völkerrecht konforme Standardsetzung
 40 und Regulierung von Forschung, Beschaffung, und
 41 Einsatz von automatisierten Waffen und Waffen-
 42 systemen innerhalb der betreffenden multilateralen
 43 Gremien für Rüstungskontrolle. Dies schließt
 44 insb. auch die stärkere internationale Regulierung
 45 von Einsätzen in asymmetrischen Konflikten unter
 46 Einbeziehung der Bevölkerungen in den betroffenen
 47 Ländern mit ein.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Die Sozialdemokratische Partei als älteste demokratische Partei Deutschlands sieht sich in der Tradition einer wirk- samen Politik der Friedenssicherung und -förderung. Sie hat in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer wie- der erfahren, dass Kriege und Waffen entsetzliches Leid über Bevölkerung und Gemeinwesen bringen, aber Kon- flikte nicht überwinden.

Vor diesem Hintergrund und mit Verweis auf die be- stehende Beschlusslage lehnen wir die Anschaffung und den Einsatz bewaffneter Drohnen weiterhin grundsätz- lich ab und fordern ihre weltweite Ächtung.

Die im Koalitionsvertrag eröffnete Möglichkeit der An- schaffung bewaffneter Drohnen in der Legislaturperiode 2021-2025 lehnen wir ab. Im Falle einer Umsetzung die- ser Festlegung verlangt dies die Festsetzung strengstmög- licher Kriterien für Anschaffung, Einsatz, Mandatierung und öffentliche Unterrichtung.

Diese Verantwortung fällt insbesondere dem Bundestag zu. Da der Einsatz von Bundeswehrsoldat*innen parla- mentarisch legitimiert ist, ist das deutsche Parlament zu deren bestmöglichem Schutz ethisch und verfassungs- rechtlich verpflichtet – ebenso wie zum öffentlichen Dia- log mit der Bevölkerung.

Die SPD-Fraktion im vorherigen Deutschen Bundestag hat diese Fragen - durch eine Reihe öffentlicher Runden und Anhörungen auch völkerrechtlich und ethisch erörtert. In der Folge hat sie bereits einen Kriterienkatalog sowie ein Fachkonzept entwickelt, durch welche sichergestellt wer- den soll, dass bewaffnete Drohnen im Rahmen von Bun- destagsmandaten der Bundeswehr ausschließlich zum Schutz von Einsatzkräften im aktiven Gefecht verwendet werden. Ebenso hat die Drohnenkommission des SPD Par- teivorstands eine Reihe von Kriterien empfohlen. Die Ver- ankerung und Umsetzung beider Kriterienkataloge für die Beschaffung und den Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundesregierung – und perspektivisch auch im Rah- men einer vertieften europäischen Sicherheits- und Ver- teidigungskooperation im Sinne der „Europäischen Sou- veränität“ ist Voraussetzung für jedwede Verwendung, auch durch Nutzung dieser Waffensysteme in Kooperati- on mit anderen Armeen.

Darüber hinaus fordern wir die folgenden weitergehen- den Bedingungen:

- 1.
2. Den unermüdlichen Einsatz für eine mit dem humanitä- ren Völkerrecht konforme Regulierung von Forschung, Be- schaffung, und Einsatz von automatisierten Waffen und

3. Die Schaffung von weiteren diplomatischen Stellen innerhalb des AA und BMVg sowie zur Entsendung in internationale Organisationen für Expert*innen im Bereich der Rüstungskontrolle zu automatisierten Waffen um die Regulierung weiter im Sinne der Bundesregierung und des Bundestags voranzutreiben. Dies schließt auch die andauernde Erstellung und Weiterentwicklung von einsatzdefinierenden Statements, Rules of Engagement, öffentlich verfügbaren Grundlagedokumenten oder konkretisierenden Formulierungen in zukünftigen Koalitionsverträgen ein, die neue wissenschaftliche und ethische Erkenntnisse sowie technologische Entwicklungen mit einbeziehen.
4. Die Förderung und Beauftragung wissenschaftlicher Studien zu den gesundheitlichen Folgen des Einsatzes für Drohnenpilot*innen, insbesondere psychologischer Druck und posttraumatische Belastungsstörungen sowie die Entwicklung von psychologischen Begleitprogrammen zur Sicherstellung ihrer mentalen Gesundheit.
5. Die intensive Erforschung des sog. „Joystick“ – Phänomens und Methoden, wie einer möglichen Enthemmung der Soldat*innen in Verbindung mit dem Einsatz bewaffneter Drohnen und anderer teilautomatisierter Waffen und Waffensysteme, soweit festgestellt, langfristig entgegengewirkt werden kann.
6. Die Gründung eines regelmäßig tagenden öffentlichen virtuellen Forums der Arbeitsgemeinschaft Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit der Wehrbeauftragten des Bundestags, um aktuelle sowie langfristige sicherheitspolitische Fragen, bspw. durch das Einladen von Expert*innen aus Forschung und Praxis, für die Basis zu beleuchten und den ehrlichen sicherheitspolitischen Diskurs mit den Parteimitgliedern zu suchen.

Begründung

Die durch die SPD-Fraktion entwickelten Kriterien für die Beschaffung bewaffneter Drohnen sind mittlerweile Koalitionskonsens. Sie haben nichts mit der Durchführung von gezielten Tötungen US-amerikanischer Drohnenprogramme gemein und könnte durch die skalierbare, präzisere Bewaffnung auch die Gefahr ziviler Opfer in Gefechten reduzieren.

Die Eskalationslogik des Wettrüstens lässt sich im Kontext der Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr nicht anwenden. Drohnen übernehmen Rollen, die unter anderen Umständen mit geringerer Wirksam-

Waffensystemen auch in den betreffenden multilateralen Gremien für Rüstungskontrolle. Dies schließt insb. auch die stärkere internationale Regulierung von Einsätzen in asymmetrischen Konflikten unter Einbeziehung der Bevölkerungen in den betroffenen Ländern mit ein.

3. Die Schaffung von weiteren diplomatischen Stellen innerhalb des AA und BMVg sowie zur Entsendung in internationale Organisationen für Expert*innen im Bereich der Rüstungskontrolle zu automatisierten Waffen um die Regulierung mit der Zielsetzung der weltweiten Ächtung voranzutreiben.

4. Die Förderung und Beauftragung wissenschaftlicher Studien zu den gesundheitlichen Folgen des Einsatzes für Drohnenpilot*innen, insbesondere psychologischer Druck und posttraumatische Belastungsstörungen sowie die Entwicklung von psychologischen Begleitprogrammen zur Sicherstellung ihrer mentalen Gesundheit.

5. Die intensive Erforschung des sog. „Joystick“ – Phänomens und Methoden, wie einer möglichen Enthemmung der Soldat*innen in Verbindung mit dem Einsatz bewaffneter Drohnen und anderer teilautomatisierter Waffen und Waffensysteme, soweit festgestellt, langfristig entgegengewirkt werden kann.

6. Die Gründung eines regelmäßig tagenden öffentlichen virtuellen Forums der Arbeitsgemeinschaft Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Fraktion.

101 keit und aufgrund geringerer Präzision höherem Risiko zi-
102 viler Opfer von bemannten Missionen oder Raketen erfüllt
103 werden.

104

105 Bundestag und Bundesregierung tragen jedoch nicht nur
106 gegenüber ihren eigenen Soldat*innen eine Schutzverant-
107 wortung. Auch global soll und muss Deutschland proaktiv
108 den Diskurs um Rüstungskontrolle und Regelsetzung für
109 die Anwendung militärischer Waffensysteme beeinflus-
110 sen. Zuletzt muss auch das erklärte Ziel der SPD der „Eu-
111 ropäischen Souveränität“ im Blick behalten werden. Die-
112 se kann und wird nur durch eine vertiefte sicherheits- und
113 verteidigungspolitische Zusammenarbeit der EU-Partner
114 zu erreichen sein. Das Verweigern bzw. im Falle der Pro-
115 jekte FCAS und EuroMale der Abbruch von Forschungs-
116 operation und perspektivisch gemeinsamer Anschaffung
117 moderner Waffensysteme schwächt die europäische Fä-
118 higkeit, eine dem humanitären Völkerrecht entsprechen-
119 den einheitlichen Standardsetzung in der Einsatzregelung
120 zu bekräftigen.